

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

wie Sie wissen bin ich nicht Mitglied dieses Ausschusses, sondern heute nur in Vertretung meines Mannes hier. Somit möchte ich nur mit ein paar Stichworten zu dem bisher Gesagten Stellung nehmen.

Entschuldigung, aber wir können doch hier nicht über den Haushalt der Stadt diskutieren, so als befänden wir uns quasi im luftleeren Raum.

Die Zahlen dieses Haushaltes erinnern eher an eine Milchmädchenrechnung, als an eine seriöse Haushaltsplanung, was, und da möchte ich den Kämmerer ganz bewusst in Schutz nehmen, nicht so sehr an ihm liegt, sondern an der Tatsache, auf welchem Niveau sich momentan die deutsche Wirtschaftswissenschaft befindet. Ich muss doch zur Kenntnis nehmen, dass an den wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten mittlerweile fast revolutionäre Zustände herrschen, weil die Studierenden es nicht länger hinnehmen wollen, dass die Professoren versuchen, Wirtschaftswissenschaften so zu betreiben, als hätte die Finanzkrise nicht stattgefunden. Man versucht mit den gleichen Modellen aus der Krise herauszukommen, die uns überhaupt erst hinein gebracht hat. Diese Form der Mainstream-Wirtschaftswissenschaft arbeitet mit völlig unseriösen Zahlen.

Man versucht uns einzureden, dass es ein Vorteil sei für Gelsenkirchen, jetzt in Zehn-Jahres-Schritten zu planen. Dabei wird Ihnen jeder vernünftige Statistiker sagen, dass schon Prognosen, die auch nur über drei Jahre hinausgehen, reine Kaffeesatzleserei sind.

Wir können doch nicht die gesamtwirtschaftliche Entwicklung außer Acht lassen, wenn wir über den Gelsenkirchener Haushalt sprechen. Die Zahlen mit denen hier operiert wird, sind viel zu positiv. Alle Prognosen deuten darauf hin, dass wir uns auf dem Weg in eine Deflation befinden und dass die Wirtschaft bestenfalls stagniert.

Frau Merkel ist gerade dabei die Eurozone an die Wand zu fahren, mit einer geradezu katastrophalen Wirtschaftspolitik, die die südeuropäischen Länder mit einer extremen Austeritätspolitik überzieht, und ich kann nicht erkennen, dass die SPD bereit ist, sie zu stoppen.

Der Bund legt den Städten und Kommunen mehr und mehr Lasten auf, ist aber nicht bereit, dafür die nötigen Mittel bereitzustellen. Aber, wie mein Mann das schon einmal ausgeführt hat: Wer die Musik bestellt, der muss sie auch bezahlen!

Ich darf vielleicht einmal kurz daran erinnern, dass sich die beiden größten Parteien hier im Rat und im Bund in Regierungsverantwortung befinden, und ich erwarte von den kommunalen Vertretern dieser Parteien, dass sie auf ihre Parteigenossen im Bund schlicht und ergreifend mehr Druck ausüben.

Die LINKE hat durchaus wohlwollend zur Kenntnis genommen, dass Sie, Herr Baranowski, das auch schon einmal nachdrücklicher versucht haben. Dafür lobe ich Sie ausdrücklich. Genießen Sie es, es wird nicht so oft verkommen!

Ich darf vielleicht auch noch einmal daran erinnern, dass wir fast als einziges Land in Europa noch immer keine Vermögenssteuer haben, dass wir endlich wieder eine vernünftige Erbschaftssteuer brauchen, die diesen Namen verdient. Gerade ist hier Herr Albrecht, der Eigentümer von Aldi, verstorben, der ein Milliardenerbe hinterlassen hat. Bei dieser Erbschaft wird der deutsche Staat fast vollständig in die Röhre schauen, weil diese

Herrschaften es geschafft haben alles Vermögen in einer netten steuerbegünstigten Familienstiftung in einer verschwiegenen Steueroase unterzubringen. Das sind genau die Millionen, die letztlich im Steuertopf fehlen, die den Bürgen nicht zugutekommen und die somit auch hier in Gelsenkirchen fehlen.

Wir brauchen endlich wieder einen vernünftigen Spitzensteuersatz. Noch unter Kohl lag dieser Spitzensteuersatz bei 53%, heute liegen wir gerade mal bei ca. 42%. Die großen Konzerne Amazon, Apple, Google schaffen regelmäßig ihr Geld in Steueroasen - das ist nicht länger hinnehmbar. Das ist Geld, das auch hier in den Kommunen fehlt.

Noch ein Wort zu dir Jürgen (Hansen), Piraten.

Ich habe der Zeitung entnommen, dass deine Partei sich wirtschaftspolitisch als sozial-liberal einordnen würde, das ist aller Ehren wert, aber dann dürftest du dich nicht positiv zu diesem Pakt positionieren, denn dieser sogenannte „Stärkungspakt“ ist nichts anderes als ein neoliberales Disziplinierungsinstrument für die Städte und Gemeinden.

Ich danke Ihnen.

(Es gilt das gesprochene Wort)